

# Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 113 | Juli–August | 2005

Leitartikel

## Ein starkes Instrument für die soziale Eingliederung

**D**ie momentane Krise in der europäischen Integration bietet der Europäischen Union die Möglichkeit, nicht nur über die Verfassung, sondern auch über die für 2007-2013 geplanten Strukturfonds nachzudenken.

Das Europäische Netzwerk gegen Armut vertritt schon seit langem die Ansicht, dass die Strukturfonds ein starkes Instrument für die soziale Eingliederung sein können. Wir wissen aber auch, dass die Strukturfonds dieses Potenzial noch lange nicht erreicht haben. Der sozialen Eingliederung wurde noch nicht der Vorrang eingeräumt, der ihr gebührt. Regierungen haben die Nichtregierungsorganisationen (NRO), die im Bereich soziale Eingliederung aktiv sind, weniger mit einbezogen, als nötig gewesen wäre. Die NRO wurden nur widerwillig als Partner akzeptiert. Der Konsultationsprozess für die Fonds hat sich als schwach erwiesen. Kreative Mittel, um die Strukturfonds ausgegrenzten Gruppen zur Verfügung zu stellen, wie etwa Globalzuschüsse und technische Unterstützung, wurden kaum genutzt. Die Kommission hat wenig Interesse gezeigt, von ihrer Aufsichtsbefugnis Gebrauch zu machen und die vollständige Einhaltung der europäischen Forderungen hinsichtlich Transparenz, Partnerschaft und Eingliederung zu gewährleisten.

Die momentane Zwangspause bei der europäischen Integration sollte ein entscheidender Intervall sein, damit die neuen Strukturfonds im Jahr 2007 mit einer frischen Zielvorstellung an den Start gehen können.

Brian Harvey  
EAPN-Advisor

## DIE EU-STRUKTURFONDS

### INHALT

#### EU-Fonds 2007-2013

- Die neuen Strukturfonds: Wie steht's mit ihrem Potenzial? 2
- EAPN-Handbuch: Die zweite Ausgabe 2
- Noch keine Einigung über die finanziellen Perspektiven 3
- Die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft: Interview mit Elisa Rolter, Generaldirektion Regio 4
- Strukturfonds: Erfahrungen der britischen NRO 6
- NRO: Fester Bestandteil im Prozess? 6
- Die neuen Mitgliedstaaten und die Strukturfonds: Erfahrungen aus Ungarn 7
- Nützliche Links 7

#### Nachrichten aus dem Vereinigten Königreich

- Prioritäten der britischen EU-Präsidentschaft 8
- Das Profil von EAPN-Großbritannien 9
- Sich mit dem NAP/Eingliederung Gehör verschaffen 11
- Impressum 12

## EAPN-Handbuch: Die zweite Ausgabe

In diesem Herbst wird das EAPN die zweite Ausgabe seines Handbuchs zu den Strukturfonds veröffentlichen. Die erste Ausgabe erschien 1999 und wurde von NRO genutzt, die im Bereich soziale Eingliederung aktiv sind, und zwar sowohl in den 15 "alten" Mitgliedstaaten als auch in den neuen für ihre Programme im Vorfeld des Beitritts. Das neue Handbuch 2005-2006 zeigt den aktuellen Stand der Dinge und umschließt nicht nur die neuen Strukturfondsvorschläge für 2007-2013, sondern auch die Erfahrungen der zehn neuen Beitrittsländer. Es handelt sich hierbei also nicht nur um ein Handbuch, das den im Bereich soziale Eingliederung aktiven NRO Hilfestellung bei einer erfolgreichen Bewerbung um Strukturfondsmittel bietet.

Das Handbuch konzentriert sich auf alle Aspekte der Fondsverwaltung: Erlangung von Informationen, die wichtigsten Dokumente, die Anwendung des Prinzips der Partnerschaft, Fondsverwalter, die Rolle der sozialen Eingliederung, Bereitstellung, Zugang, Überwachung, Bewertung und technische Unterstützung. Es werden Fallstudien zu bewährten Verfahren geboten - und auch einige Beispiele dafür, wie die Fonds nicht verwaltet werden sollten. Das Handbuch wendet sich hauptsächlich an NRO, die die Maßnahmen rund um die Strukturfonds beeinflussen möchten. Um es mit den Worten einer mittel- und osteuropäischen NRO zu sagen: Bei den Strukturfonds geht es nicht nur ums Geld, sondern darum, die Fonds als ein Instrument für die soziale Weiterentwicklung zu nutzen.

B.H.

## EU-FONDS 2007-2013

### Die neuen Strukturfonds: Wie steht's mit ihrem Potenzial?

Die Geschichte der Strukturfonds ist möglicherweise eine der spannendsten und erfolgreichsten Geschichten zum Thema Wohlstandsverteilung auf supranationaler Ebene. Es gibt jedoch noch viel zu tun..

Die Mittel, die aus den Strukturfonds an die am stärksten benachteiligten Gebiete und Gruppen der Europäischen Union verteilt wurden, haben definitiv dazu beigetragen, "Wohlstandsklüfte" innerhalb der EU zu vermindern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, wobei gleichzeitig das Bewusstsein geschärft wurde, dass bestimmte europäische Maßnahmen eine solche Umverteilungsrolle wirklich übernehmen müssen.

Beim bevorstehenden Planungszeitraum für die Strukturfonds muss ein echter Schwerpunkt auf der sozialen Eingliederungsdimension liegen; denn obwohl die neuen Strukturfondsverordnungen in dieser Hinsicht vielversprechend schienen, ließen sich in den vergangenen Monaten doch einige enttäuschende Zeichen wahrnehmen. Die fehlende Einigung über die finanziellen Perspektiven beim Europäischen Rat vom 16. und 17. Juni und der Druck seitens einiger Mitgliedstaaten, das Budget zu kürzen, werden wahrscheinlich dazu führen, dass die Mittel für die Struktur- und Kohäsionspolitik stark eingeschränkt werden. Die mangelnde Begeisterung bei der Einbeziehung der NRO und die Tatsache, dass die überarbeitete Lissabonner Agenda eine einseitige Vorstellung zum Schaden der sozialen Säule verbreitet, verringern im gesamten Strukturfondsprozess die Aussichten auf einen neuen Planungszeitraum, der der sozialen Eingliederung Priorität einräumt.

Die Strukturfonds verfügen in der Tat über das nötige Potenzial, Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union zu vermindern, dies jedoch nur, wenn sie sich nach klaren Prioritäten, Werten und Methoden richten.

### Die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft

Als im Frühjahr 2004 die neuen Strukturfonds vorgeschlagen wurden, nahm die Kommission bedeutende Verfahrensänderungen vor. Die Mitgliedstaaten würden größere Verantwortung dafür tragen, wie die Strukturfonds in ihrem Land arbeiten und die Kommissionsaufsicht würde eingeschränkt werden. Als Gegenleistung für die größere Unabhängigkeit bei der Verwaltung der Strukturfonds würde die Kommission von den Mitgliedstaaten erwarten, dass sie ihre Strukturfonds nach gemeinsamen Themen konzipieren, den so genannten strategischen Leitlinien der Gemeinschaft.

Am 29. Juni veröffentlichte die Europäische Kommission den abschließenden Vorschlag zur Kohäsionspolitik im Dienste von Wachstum und Beschäftigung - Strategische Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013.

Die Mitteilung bringt die Leitlinien der Gemeinschaft wieder in Zusammenhang mit der Perspektive Wachstum und Beschäftigung der überarbeiteten Lissabonner Strategie - der Titel "Kohäsionspolitik im Dienste von Wachstum und Beschäftigung" ist wohl kein Zufall. Das EAPN hat darauf hingewiesen, dass die ursprüngliche Lissabonner Strategie (2000) ein ausgewogenes Engagement für wirtschaftliche, soziale und nachhaltige Entwick-

Wachstum alleine wird  
nicht die Probleme der  
Armut und soziale  
Ausgrenzung lösen

lung beinhaltete, während die überarbeitete Strategie (2005) einen einseitigen Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Säule legt.

In der Mitteilung zu den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft wird die Agenda "Wachstum und Beschäftigung" stark betont. Wachstum alleine wird aber nicht die Probleme der Armut und sozialen Ausgrenzung in Europa lösen: So zeigt die Geschichte in der Tat, dass Wachstum ohne soziale Verantwortung Armut und Ungleichheit nur verschlimmert hat. Maßnahmen zur sozialen Eingliederung haben ganz zentral die zur Zeit hohe Arbeitslosigkeit in Europa anzugehen, doch müssen sie auch die Probleme der Armut und sozialen Ausgrenzung bekämpfen, die weit über den Arbeitsmarkt hinausreichen.

### **(Nicht) angegangene wichtige Fragen**

Governance ist ein wichtiger Aspekt der Fonds und die Kommission hat ein solches Thema zu Recht unterbreitet. Die Vorschläge in den Leitlinien haben ihr Potenzial jedoch noch lange nicht ausgeschöpft. Während die Kommission anerkannt hat, dass es wichtig ist, die Kapazität von Regierungsakteuren im Bereich der Strukturfonds zu stärken, versäumte sie es, die Bedeutung ähnlicher Maßnahmen für die Zivilgesellschaft und die Nichtregierungsorganisationen zu würdigen.

Die Prioritäten und Themen der Leitlinien beinhalten gern gesehene Verpflichtungen zur sozialen Eingliederung in den Bereichen Verkehr, Innovation und Unternehmertegeist, Beschäftigung, Modernisierung der Sozialschutzsysteme und Städte. Es gibt genaue Bestimmungen für Wege zur Integration, für soziale Hilfs- und Betreuungsdienste und für die kommunale Entwicklung. Sowohl bei den Abschnitten zum ländlichen Raum und zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit, als auch beim Abschnitt Mehr und bessere Arbeitsplätze gibt es jedoch Verbesserungs-

möglichkeiten. Während die Erwähnung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze äußerst begrüßenswert ist, wird die Notwendigkeit eines gemeinsamen Ansatzes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Schaffung besserer Arbeitsplätze zu wenig hervorgehoben; Gleiches gilt für die Notwendigkeit der Gewährleistung, dass Sozialschutzsysteme, die Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen sollen, gestärkt und nicht etwa geschwächt werden, wenn sie den viel gepriesenen Modernisierungsprozess durchlaufen.

Die Bedeutung von EQUAL wird zwar endlich anerkannt, doch sollten die Leitlinien dergestalt verbessert werden, dass sie von den Mitgliedstaaten einen Nachweis für das Mainstreaming der EQUAL-Grundsätze verlangen.

Die endgültige Einigung auf die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft erfolgt erst nach

der Annahme der neuen Strukturfondsverordnungen.

### **Strukturfondsverordnungen: Der aktuelle Stand**

Im Juli 2004 veröffentlichte die Europäische Kommission die Verordnungsentwürfe der neuen Strukturfonds für den Zeitraum 2007-2013. Es gibt eine längere allgemeine Verordnung, auf die kurze und spezielle Verordnungen folgen, und zwar für den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und für das grenzüberschreitende Instrument. Außerdem gibt es einen Verordnungsentwurf zum neuen Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Zur Zeit werden die neuen Strukturfondsverordnungen im Parlament diskutiert, doch hängen sie auch von einer Einigung über die finanziellen Perspektiven ab, die ihre Annah-

## **Noch keine Einigung über die finanziellen Perspektiven**

Die Krise, die Europa momentan durchläuft, wurde durch die Ergebnisse des Europäischen Rats vom 16.-17. Juni nur weiter verschärft. Der Rat konnte sich nicht auf den EU-Haushalt für 2007-2013 einigen - und das, obwohl die Europäische Kommission ihren ursprünglichen Antrag (1,24 % des Bruttovolkseinkommens, BVE) bereits auf bescheidenere 1,14 % zurückgeschraubt hatte.

In den letzten Monaten war das Haupthindernis für eine Einigung, dass sechs Nettobeitragszahler zum EU-Haushalt die Forderung nach einer Begrenzung auf 1 % des EU-BVE mit Beginn der nächsten finanziellen Perspektive stellten. So konstatierte die luxemburgische Präsidentschaft dann auch, dass keine Einigung erzielt werden konnte, weil es an politischem Willen mangelte.

Obwohl die soziale Eingliederung in der finanziellen Perspektive sowieso keine herausragende Stellung einnimmt, gibt es doch Grund zur Vermutung, dass Maßnahmen zur sozialen Eingliederung unter den Strukturfonds gefährdet wären, wenn die finanzielle Perspektive von 1,24 % auf 1 % des europäischen BVE gekürzt würde. Die Bedeutung der Strukturfonds als ein Mittel zur Bekämpfung von Ausgrenzung, ihr Wert bei der Finanzierung der NRO und die Lage der neuen Mitgliedstaaten könnten ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn die britische Präsidentschaft unbedingt eine Einigung erzielen möchte, koste es, was es wolle.

- N.M.)

**Der Rat zielt darauf ab, jeden expliziten Bezug auf die NRO zu streichen**

me durch den Rat ermöglichen würde.

Eines der heikelsten Themen des gegenwärtigen Verhandlungsprozesses, das zu den Anliegen des EAPN gehört, ist gerade die Anerkennung der Rolle der NRO und der Zivilgesellschaft als vollwertige Partner im Strukturfondsprozess - und zwar angefangen von der Planung über die Umsetzung bis hin zur Überwachung und Bewertung. Zwar wurden die NRO im ersten Verordnungsentwurf, den die Kommission im Juli 2004 vorschlug, noch ausdrücklich als vollwertige Partner genannt, doch zielt der Rat darauf ab, diesen Vorschlag zu verwässern und jeden expliziten Bezug auf die NRO zu streichen. Einige Europaabgeordnete reden dem Rat zu, den ursprünglichen Wortlaut beizubehalten, und werden dabei von NRO aus dem sozialen und umweltpolitischen Bereich unterstützt.

Es ist kein Zufall, dass die Beteiligung der NRO auch ein wichtiges Thema bei der Verhandlung der strategischen Leitlinien der Gemeinschaft ist, die der Stärkung der Rolle des Nichtregierungssektors bei der Planung, Gestaltung, Bereitstellung, Umsetzung und Bewertung der Strukturfonds nicht genug Gewicht beimessen, so wie im Artikel 10 der Verordnungsentwürfe mit allgemeinen Bestimmungen zu den Strukturfonds eigentlich vorgesehen.

## Der Weg in die Zukunft

Heutzutage leben in Europa 69\*) Millionen Menschen unterhalb

der Armutsgrenze. Diese alarmierende Zahl zeigt, wie sehr soziale Ungleichheit als grundlegendes Problem der modernen europäischen Gesellschaft betrachtet werden muss und zwar als ein Problem, das noch niederschmetternder als die territoriale Ungleichheit ist.

Obwohl die Förderung der sozialen Eingliederung als ein Element der Strukturfondspolitik anerkannt ist, wird sie in den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft nur beiläufig erwähnt. Da die Gefahr besteht, dass von den Leitlinien eine Botschaft an die Mitgliedstaaten ausgeht, dem Wirtschaftlichen zum Nachteil des Sozialen Priorität einzuräumen, müssen wir erneut bekräftigen, wie wichtig die Stärkung der Dimension der sozialen Eingliederung in den Verordnungen und Leitlinien ist und wie nötig gut ausgestattete Strukturfonds sind, mit denen die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung finanziert werden können. Die Europäische Union hat die Mittel, um Armut noch in dieser Generation zu beseitigen. Warum sollten wir uns also mit weniger zufrieden geben?

Nuria Molina  
EAPN, Politik und Entwicklung

\*) Wurden bisher 68 Mio Arme gezählt, ist diese neue Zahl eine ungesicherte Hochrechnung

## Die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft

Interview mit Elisa Roller, Generaldirektion Regio, Europäische Kommission



**Nuria Molina: Wie sehen die strategischen Leitlinien und die neuen Dimensionen aus, die diese der nächsten Strukturfondsperiode bringen?**

**Elisa Roller:** Die Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2005 stellte für die EU-Kohäsionspolitik ein bahnbrechendes Ereignis dar, da ihre Bedeutung bei der Verwirklichung der

Lissabonner Strategie auf höchster politischer Ebene bestätigt wurde.

Die Vorschläge der Kommission für die nächste Generation der Kohäsionspolitikprogramme (2007 - 2013) umfassen zwei Hauptprioritäten:

1. Die Stärkung der strategischen Dimension der Kohäsionspolitik, damit gewährleistet ist, dass Gemeinschaftsprioritäten besser in die nationalen und regionalen Entwicklungsprogramme integriert werden.
2. Die Sicherstellung, dass die Kohäsionspolitik eine bessere Aneignung auf breiter Ebene findet, mit einer größeren Partnerschaft zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Regionen.

Die strategische Dimension der Kohäsionspolitik spiegelt sich in den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für die Kohäsion wider, die es den Mitgliedstaaten, den Regionen und den lokalen Behörden ermöglichen sollen, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in engerer Synergie mit anderen Gemeinschaftsprioritäten zu fördern. Die Leitlinien bieten einen ersten Schritt in Richtung der kommenden Programmphase und werden den nationalen strategischen Referenzrahmen als Grundlage dienen.

**Nuria Molina: Wird die Aufsichtsrolle der Kommission eingeschränkt?**

**Elisa Roller:** Als Ersatz für eine stärker dezentralisierte Verwaltung der Strukturfonds (im Folgenden nur noch SF genannt) ziehen die Vorschläge der Kommission einen strategischeren Ansatz zur Kohäsionspolitik in Erwägung. Dadurch können sich nationale, regionale und lokale Behörden die SF besser aneignen, doch stellt sich auch eine Herausforderung, nämlich die, sicherzustellen, dass die verschiedenen europäischen Regionen die Gemeinschaftsprioritäten achten, d.h. sich bemühen, gleichzeitig zu einem anhaltenden Wirtschaftswachstum und zu mehr und besseren Arbeitsplätzen beizutragen.

**Nuria Molina: Glauben Sie, dass die Aussichten, die SF zur Förderung der sozialen Eingliederung zu nutzen, steigen?**

**Elisa Roller:** Ja, allerdings. Besonders die dritte Priorität der Leitlinien, "Mehr und bessere Arbeitsplätze", aber auch die erste und zweite ("Stärkung der Anziehungskraft Europas und seiner Regionen für Investoren und Arbeitskräfte" sowie "Förderung von Wissen und Innovation für Wachstum") reagieren auf den Wunsch, Armut und soziale Ausgrenzung zu verringern. Dies kann über spezifische Maßnahmen zur Förderung von Gleichheit oder zur Bekämpfung von Diskriminierung erfolgen, aber auch, indem man berücksichtigt, wie sich die Verwaltung der Fonds auf Frauen und Männer, benachteiligte Gruppen oder gefährdete Gesellschaftsbereiche auswirken könnte.

**Nuria Molina: Arbeitsplätze alleine führen aber nicht unbedingt zu einer Reduzierung der Armut und zur sozialen Eingliederung**

Das stimmt. Und deshalb betonen die Richtlinien auch, dass die soziale Eingliederung für die Ziele Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit einer der wichtigsten Grundsätze ist, damit in ärmeren Regionen das Wachstumspotenzial angeregt und in

anderen Regionen der wirtschaftliche Wandel gefördert wird. Eine breitere Grundlage der wirtschaftlichen Aktivität, die Anhebung der Beschäftigungsquoten und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit sind entscheidend, um das Wirtschaftswachstum zu erhalten, aber auch, um Gesellschaften zu fördern, die alle mit einbeziehen, und um Armut zu bekämpfen. Kohäsionspolitik muss aber mit Bemühungen seitens der Mitgliedstaaten Hand in Hand gehen, Beschäftigungsmaßnahmen umzusetzen, die auf Vollbeschäftigung und die Stärkung des sozialen und regionalen Zusammenhalts abzielen.

**Nuria Molina: Wie sehen Sie die Beteiligung der NRO in der neuen SF-Runde?**

**Elisa Roller:** Die Kommission möchte die Beteiligung der NRO am SF-Prozess unbedingt sicherstellen und hat deren Einbeziehung in die Partnerschaftsvereinbarungen der SF-Programme unterstützt. Sie möchte damit fortfahren, Sozialpartner einmal jährlich anzuhören und Mitgliedstaaten zuzureden, das Prinzip der Partnerschaft in den verschiedenen Phasen des Programmplanungszeitraums zu wahren. Behörden auf nationaler und regionaler Ebene, die für die SF verantwortlich sind, müssen die Einbeziehung der Partner in allen Phasen des Prozesses sicherstellen.

**Nuria Molina: Erwarten Sie, dass die NRO in der Lage sein werden, Zugang zu den Fonds zu bekommen, die für den Aufbau von Verwaltungskapazitäten bestimmt sind?**

**Elisa Roller:** Die Vorschläge der Kommission zur Kohäsionspolitik enthalten eine Haushaltssumme für technische Unterstützung. Es gibt keinerlei Grund dafür, warum NRO nicht in der Lage sein sollten, Zugang zu diesen Fonds zu bekommen, um am Programmplanungsprozess teilzunehmen.

**Interview: Nuria Molina**



# Strukturfonds: Erfahrungen der britischen NRO

In den Jahren 2003-2004 erhielt der gemeinnützige und kommunale Sektor des Vereinigten Königreichs 214,9 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds für die Durchführung von 1052 Projekten.

## NRO: Fester Bestandteil im Prozess?

Wenige Monate, nachdem die Kommission im Juli 2004 ihren Vorschlag für die neuen Strukturfonds-Verordnungsentwürfe veröffentlicht hatte, gab das EAPN ein Positionspapier heraus, in dem außerordentlich begrüßt wurde, dass es eine Ausweitung des Prinzips der Partnerschaft gab und die Zivilgesellschaft, die NRO und die Einrichtungen für Chancengleichheit als vollwertige Partner in den Strukturfondsprozess einbezogen werden. Das EAPN hat sich schon lange für eine solche Ausweitung über die traditionellen Sozialpartner hinaus auf die Zivilgesellschaft ausgesprochen, und auch dafür, dass die NRO und die Sozialpartner in die Planung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung der Strukturfondsaktivitäten mit einbezogen werden. Das EAPN begrüßte das Prinzip der Partnerschaft im neuen Artikel 10 der allgemeinen Bestimmung außerordentlich, da Partner hier definiert werden einschließlich: "jeder weiteren geeigneten Organisation, die die Zivilgesellschaft vertritt, umweltpolitischer Partner, Nichtregierungsorganisationen und Organisationen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern."

Da Artikel 10 durch den Europäischen Rat möglicherweise geschwächt wird, betont das EAPN die Bedeutung der NRO bei der Erarbeitung und Umsetzung von Entwicklungsstrategien und -programmen und betreibt derzeit gemeinsam mit weiteren Brüsseler NRO Lobbyarbeit, damit der klare und wichtige Bezug auf die NRO im Gesetzestext erhalten bleibt.

N.M.

**D**as britische Modell ist im Wesentlichen das einer einzigartigen Partnerschaft. Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Die aufeinanderfolgenden Regierungen haben die 2 % technische Unterstützung genutzt, die für die Programmverwaltung zur Verfügung stehen. Dadurch war der gemeinnützige Sektor in der Lage, Projekte nach den spezifischen Anforderungen des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu entwerfen und umzusetzen. Darüber hinaus hat es die Nähe der NRO zu den sozial und wirtschaftlich ausgegrenzten Menschen den Fonds ermöglicht, sich besser auf die benachteiligten und am schwersten zu erreichenden Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren. Während sich die aktuelle Regierungspolitik eher auf die erwerbsunfähigen Personen richtet, gibt es eine umfassende Infrastruktur des NRO-Sektors, zu deren Errichtung die Fonds einen direkten Beitrag geleistet haben.

## Keine bloße Beschränkung auf die Durchführung

Die Einbeziehung der NRO hat sich nicht auf die Durchführung von Projekten beschränkt. Der gemeinnützige Sektor wurde eingeladen, regionalen und nationalen Projektüberwachungsausschüssen beizuwohnen. Dies führte zu einer gemeinsamen Beteiligung mit gleichrangigen Akteuren am Entwurf, der Auswahl und der Überwachung von Projekten. Auf strategischer Ebene beruht die Glaubwürdigkeit der Standpunkte des gemeinnützigen Sektors auf dem Einsatz und dem Wissen der NRO-Leistungserbringer, die vor Ort tätig sind. Ein Beispiel: Das

Londoner Voluntary Sector Training Consortium (das Ausbildungskonsortium des gemeinnützigen Sektors, das über das Government Office for London durch die technische Unterstützung des ESF finanziert wird) hat erfolgreich eine Zwei-Städte-These vertreten, wonach sich die Ausbildungserfordernisse von Menschen, die in der Hauptstadt arbeiten (für gewöhnlich Pendler von außerhalb) von denjenigen der Hauptstädter unterscheiden (die oft sozialer Benachteiligung gegenüber stehen). Die daraus resultierende Strategie der "Eingliederung" bildet jetzt ein Schlüsselement der regionalen Reaktion auf die nationale Ausbildungsstrategie der Regierung. In diesen bedeutenden Punkten hat sich der gemeinnützige Sektor für die Förderung der Annäherung der Agenden im Bereich Beschäftigung und soziale Eingliederung eingesetzt, wie sie auch auf EU-Ebene durch die jeweiligen nationalen Aktionspläne erwünscht ist.

## Wege nach vorn

Die momentane Beschäftigung der Regierung mit den "erwerbsunfähigen Personen" lenkt die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung von Programmen, die sich auf die am schwersten zu erreichenden Menschen konzentrieren. In diesem Zusammenhang sollte die Betonung auf Zugangs- und Kompetenzerweiterungsstrategien für jene kleinen NRO liegen, die nicht auf ausgetretenen Wegen gehen. Künftige Prioritäten müssen Raum bieten, in dem sich die (bescheidenen) Globalzuschuss-Initiativen, die die britische Regierung im Rahmen des aktuellen ESF-Programms einleitet, entwickeln und integrieren können. Im Hinblick auf das

informelle Ratstreffen der EU-Ministerinnen und -Minister für Arbeit und Soziales, das im Juli in Belfast stattfinden wird, hat das britische EAPN zusammen mit anderen NRO eine Erklärung mit folgenden spezifischen Empfehlungen veröffentlicht:

- Die EU sollte den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung über alle verfügbaren Politik- und Finanzierungsmechanismen fördern und auch eine größere Synergie zwischen ihren Eingliederungs-, Beschäftigungs- und Wachstumsstrategien entwickeln.
- Außerdem sollte die EU eine kompakte Übereinkunft zwischen ihren Institutionen und dem gemeinnützigen Sektor entwickeln, damit angemessene Beratungsverfahren und transparente Arbeitsweisen gewährleistet sind.
- Eine starke Strukturpolitik ist unbedingt erforderlich, um soziale und regionale Ungleichheiten in Europa anzugehen und die tief verankerten Probleme der Ungleichheit, der Diskriminierung und der sozialen Ausgrenzung effektiv zu bekämpfen.

- Zwar sollten sich die Strukturfonds auf die am meisten benachteiligten Mitgliedstaaten konzentrieren, doch müssen sie gleichzeitig - und mit einem bedeutenden Anteil - auch den ursprünglichen 15 Mitgliedstaaten zugänglich bleiben.

Die weitere Einbeziehung der NRO bei der Gestaltung und der Verwaltung der Fonds ist für die EU-Kohäsionspolitik nun von zentraler Bedeutung. Hoffen wir, dass Großbritannien weiterhin eine entscheidende Rolle bei einer Fondsverwaltung spielt, die auf die Annäherung der Agenden im Bereich Beschäftigung und soziale Eingliederung abzielt.

**Ray Phillips**

**Verantw. EAPN-Task Force Strukturfonds**

## Die neuen Mitgliedstaaten und die Strukturfonds: Erfahrungen aus Ungarn

**D**ie Auswirkungen der Strukturfonds zu bewerten, ist schon schwer genug, doch eine vollständige Bewertung ist ein noch schwierigeres Unterfangen. Wenn Strukturfonds effektiv genutzt werden, scheinen sie eine ganze Reihe positiver Auswirkungen zu haben. Festzustellen ist jedoch auch Folgendes: Wenn der Zugang zu den Fonds und die Umsetzung des Programms zu viel Zeit und Mühe erfordern, kann sich die Erfahrung insgesamt negativ auf das Projekt auswirken, für das eine Organisation Unterstützung erhielt.

### Jede Menge Schreibarbeit

Als eine NRO, die mit Strukturfonds arbeitet, hat unsere Erfahrung in Ungarn gezeigt, dass die Verwaltungsbehörden der verschiedenen Aktionsprogramme sich für den wichtigsten Teil des gesamten Beschaffungs- und Umsetzungsprozesses, wenn nicht sogar der gesamten Kohäsionspolitik, halten. Natürlich ist

es deren Pflicht und Aufgabe, sicherzustellen, dass nur lohnende Projekte finanziert werden. Doch muss der Umsetzungsprozess wirklich so zeitaufwändig und kompliziert sein?

Wenn mehr als die Hälfte der Arbeitszeit für administrative Schreibezeit verwendet wird, so ist klar, dass für die Umsetzung der Projektziele, für die die Strukturfondsgelder erhalten wurden, weniger Zeit und Mittel zur Verfügung stehen. Die Strukturfonds sollten denen dienen, die Hilfe benötigen und nicht den Federführern.

**Muss der Umsetzungsprozess wirklich so zeitaufwändig und kompliziert sein?**

### Wie sieht die Beteiligung der NRO aus?

Was den Entwurf des ersten nationalen Entwicklungsplans (NEP) anbelangt, so hatten die Nichtregierungsakteure die Möglichkeit, daran teilzunehmen. In der Praxis bedeutete dies aber, dass man auf einer Konferenz

### Nützliche Links

Die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft

> Kohäsionspolitik im Dienste von Wachstum und Beschäftigung:  
[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/dococff/c/2007/osc/050706osc\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/dococff/c/2007/osc/050706osc_en.pdf)

> Stellungnahme des EAPN zu den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft: [www.eapn.org](http://www.eapn.org) (EAPN Publications)

Neue Strukturfondsverordnungen: Berichte aus dem Europäischen Parlament

Ausschuss für regionale Entwicklung:  
[http://www.europarl.eu.int/committees/regi\\_home.htm](http://www.europarl.eu.int/committees/regi_home.htm) (Unter "adopted reports" findet sich auch die deutsche Übersetzung der Berichte):

Fortsetzung S. 8

einen fast fertigen Versionsentwurf erhielt und Ergänzungen oder Änderungen vorlegen konnte.

Was die Aussichten auf eine Beteiligung am Entwurf des anstehenden nationalen strategischen Referenzrahmens betrifft, so haben verschiedene ungarische Dachorganisationen aus früheren Erfahrungen gelernt und ein überaus innovatives Projekt entwickelt, damit sichergestellt ist, dass ihre Stimme im Verlauf des Prozesses gehört wird. Durch die Zusammenarbeit soll der Prozess so viel Publicity wie möglich erhalten. Dies bedeutet nicht nur, dass jeder Bewerbungsprozess einen öffentlichen Dialog erfordert, sondern auch, dass der Rahmen für ein Forum der Partnerschaft und Zusammenarbeit geschaffen wurde.

Die Gruppe, die sich aus 15 Organisationen, darunter EAPN-Ungarn, zusammensetzt, hat einen Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben, in dem die Hauptaktivitäten hervorgehoben werden; außerdem hat sie eine Pressekonferenz organisiert. Um den unkoordinierten Entwurfsprozess zu symbolisieren, wurden Murmeln auf ein Schachbrett gestreut. Doch wer kann schon mit Murmeln Schach spielen?

Ansonsten haben die sozialen NRO - und überhaupt der gesamte soziale Bereich -

eine bessere Position, um sich zu beteiligen und ihre Standpunkte darzulegen. Dies ist hauptsächlich dem sehr gut organisierten sozialen Planungsnetzwerk zu verdanken, das innerhalb der Ministerien einzigartig ist. Beim aktuellen Prozess sehen wir das Problem, ob er überhaupt innerhalb der festgesetzten Fristen beendet werden kann. Der Prozess fällt ständig im Zeitplan zurück. Als Folge davon verschwindet die letzte Prozessphase - nämlich der öffentliche Dialog - häufig in der Versenkung.

### Politikgestaltung

Das soziale Planungsnetzwerk bezieht die sozialen NRO als gleichrangige Partner mit ein. Sie könnten daher eine bedeutende Rolle im Prozess übernehmen, doch stellt sich die grundlegende Frage, ob der soziale Bereich insgesamt in der Lage ist, sich für die Verwirklichung seiner Ziele einzusetzen. Die Antwort fällt wohl von Region zu Region unterschiedlich aus.

Durch die Einrichtung der oben genannten Zusammenarbeit besteht kein Zweifel, dass wir in der Lage sein müssten, uns an der Politikgestaltung voll und ganz zu beteiligen. Das Hauptproblem bleibt jedoch die Fähigkeit dieser Gruppe, sich für die Erreichung ihrer Ziele effektiv einzusetzen.

> Bericht zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds

> Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Errichtung des Kohäsionsfonds

> Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

> Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Schaffung eines Europäischen Verbunds für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (EVGZ)

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten - [http://www.europarl.eu.int/committees/empl\\_home.htm](http://www.europarl.eu.int/committees/empl_home.htm) (Unter "adopted reports" findet sich auch die deutsche Übersetzung des Berichts):

> Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Sozialfonds •

## NACHRICHTEN AUS DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

### Prioritäten der britischen Präsidentschaft

**D**er allgemeine Ansatz der britischen Regierung bezüglich ihrer Präsidentschaft wurde zum ersten Mal im Februar im Weißbuch "Prospects for the EU" [Perspektiven für die EU] beschrieben, für das der britische Außenminister Jack Straw ein Vorwort verfasste. Straw erwähnt ebenfalls die britische Präsidentschaft in der G8-Gruppe der führenden Industrienationen und beteuert, "2005 wird auch ein entscheidendes

Jahr für europäische und internationale Bemühungen, die Armut auf der Welt zu bekämpfen".

Mit dem tatsächlichen Beginn der britischen Präsidentschaft, die kurz nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden und dem ergebnislosen Gipfel in Luxemburg erfolgte, wurden auf der Website zur Präsidentschaft verschiedene überarbeitete Erklärungen veröffentlicht ([www.eu2005.gov.uk](http://www.eu2005.gov.uk)).



## Drei Hauptüberschriften

Die Prioritäten der britischen Regierung sind ganz allgemein unter drei Hauptüberschriften zusammengefasst: Wirtschaftsreform und soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Stabilität sowie Europas Rolle in der Welt.

Die Aufgabe unter der ersten der oben genannten Überschriften lautet: "Ein Europa, das besser in der Lage ist, Arbeitsplätze, höhere Lebensstandards und einen modernisierten Sozialschutz zu schaffen". Gleich zu Beginn wird das Ziel identifiziert, nämlich die Umsetzung des Kok-Berichts aus dem Jahr 2004. Die Endversion dieses Berichts offenbarte klar und deutlich, dass wirtschaftlicher Fortschritt vor sozialem Fortschritt rangiert. Diejenigen von uns, die den unmittelbaren Spielraum für jede künftige europäische soziale Agenda vorausahnen möchten, müssen vor allem auf den Tenor der Rede achten, die der britische Premierminister Tony Blair vor dem Europäischen Parlament hielt: "Es gibt keinen Streit zwischen einem Europa des ‚freien Marktes‘ und einem sozialen Europa [...] Es existiert keine Trennlinie zwischen dem Europa, das für den wirtschaftlichen Erfolg notwendig ist und dem sozialen Europa. Das politische Europa und das wirtschaftliche Europa leben nicht in getrennten Räumen. Die Aufgabe des sozialen Europas und des wirtschaftlichen Europas sollte es sein, sich gegenseitig Rückhalt zu geben."

Die Aktionen der britischen Präsidentschaft im Rahmen des europäischen Sozialmodells finden sich im Detail im Terminkalender der wichtigsten Veranstaltungen, die für die nächsten sechs Monate geplant sind. Gemeinnützige und kommunale, mit dem EAPN verbundene Gruppen waren - zusammen mit Beamten - an der Planung zweier wichtiger Treffen beteiligt, die hauptsächlich vom Ministerium für Arbeit und Renten organisiert werden: die Roundtablekonferenz über soziale Eingliederung vom 17.-19. Oktober in Glasgow und die Europäische Sozialfonds-Konferenz, die am 14. Oktober in Manchester

stattfinden wird. Bei der Roundtablekonferenz sollen die Erfahrungen der britischen Delegation des vierten Treffens von Menschen, die von Armut betroffen sind, einfließen; was die Europäische Sozialfonds-Konferenz anbelangt, so wurde nicht nur entschieden, eine Reihe von Dienstleistungserbringern aus dem gemeinnützigen bzw. kommunalen Sektor einzuladen, sondern auch, die britische Umsetzung der ESF-Globalzuschüsse im Rahmen des Londoner Fast Forward-Projekts vorzustellen, ein Projekt, das über 4000 vor Ort tätige Gruppen anzog.

## Erklärung der britischen EAPN

Neben den anderen zahlreichen Aktivitäten, denen sich das britische EAPN widmet, ist es auch bestrebt, wichtige Regierungsakteure bei der kommenden EAPN-Mitgliederversammlung mit einzubeziehen, die vom 23. bis 26. November in Liverpool stattfinden wird. Am Mittwoch, dem 23. November, wird es einen speziellen "Tag der offenen Tür" für NRO geben und wir hoffen, dass bereits angereiste Delegierte die Möglichkeit haben werden, eine Reihe von britischen Aktivisten aus allen vier Nationen des Vereinigten Königreichs zu treffen.

Um Einfluss auf den Beginn der britischen Präsidentschaft zu nehmen, hat das britische EAPN inzwischen eine Pressemitteilung mit dem Titel "Fight against poverty should be at the heart of Europe" [Der Kampf gegen Armut sollte ein Herzstück Europas sein] herausgegeben, in der das britische Netzwerk Tony Blair auffordert, sicherzustellen, dass sich sein Einsatz, "Armut zur Vergangenheit zu machen", auch auf die 68 Millionen Menschen in Europa bezieht, die immer noch von Armut betroffen sind. ["Make poverty history" - "Macht Armut zur Vergangenheit" - ist das Motto der Afrika-Initiativen des irischen Rockstars Bob Geldorf, die von Tony Blair befürwortet wurden - die Üb.]

In seiner jüngsten Rede vor dem Europäischen Parlament erklärte Tony Blair: "Ich

## Das Profil von EAPN-Großbritannien

Gemäß dem Dezentralisierungsmodell der britischen Regierung werden die Aktivitäten des britischen EAPN im Rahmen eines losen Verbundes der vier Nationen durchgeführt. Den lockeren allgemeinen Rahmen bietet die EAPN-Verbindungsgruppe Großbritannien (EAPN UK Liaison Group, UKLG). Nach dem traditionellen Rotationsprinzip, das vorsieht, dass sich die vier nationalen Netzwerke bei den Vertretungs- und Sekretariatsaufgaben im Zweijahresrhythmus abwechseln, hat das englische Netzwerk die Koordination für 2004-2005 übernommen, wobei diese nach der nächsten EAPN-Mitgliederversammlung in Liverpool auf Schottland übergeht.

Die UKLG setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

" Nordirland: Northern Ireland Anti-Poverty Network, NIAPN - finanziert und mit festen Mitarbeitern (Frances Dowds, Development Co-ordinator, frances@niapn.org)

" Schottland: Scottish Poverty Alliance, SPA - finanziert und mit festen Mitarbeitern (Peter Kelly, Director, Peter.Kelly@povertyalliance.org)

" Wales: Anti Poverty Network Cymru, APNC - befristet finanziert (Louis Loveland, louise@gellideg.net)

" England: EAPN England - befristet finanziert (Clare Caves, clare@cefet.org.uk)

Fortsetzung S. 10

glaube an ein Europa mit einer starken und fürsorglichen Dimension. Nie könnte ich ein Europa akzeptieren, das nur ein Wirtschaftsmarkt wäre." Würde die Labour-Regierung den Fortschritt im Kampf gegen Armut zum Mittelpunkt der britischen Präsidentschaft machen, wäre nicht nur sichergestellt, dass die EU für die Menschen arbeitet, die am bedürftigsten sind, sondern auch, dass die so sehr benötigte Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts ein Stück weit wieder hergestellt wird. Das britische EAPN hat die Regierung des Vereinigten Königreichs aufgefordert, die Präsidentschaft zu nutzen, um ihren Einsatz für ein Europa klar zu offenbaren, in dem ein sinnvolles Gleichgewicht zwischen dem Drang nach Wirtschaftswachstum und einem echtem Fortschritt in Richtung einer Gesellschaft mit größerem Zusammenhalt herrscht.

Die britische Regierung kann ihr Engagement zeigen, indem sie

- sicherstellt, dass das Ziel, bis zum Jahre 2010 einen "entscheidenden Fortschritt" in der Bekämpfung von Armut zu erreichen, zentraler Punkt jeder Überarbeitung der Lisabonner Agenda bleibt. Dieses Ziel darf nicht im Rennen um mehr Wirtschaftswachstum auf der Strecke bleiben.
- unterstützt, dass die Sozialdienste aus der Dienstleistungsrichtlinie herausgenommen werden. Sozialdienste spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung der sozialen Eingliederung und beim Zugang zu Rechten. Wenn die Kommission die Dienstleistungsrichtlinie überarbeitet, muss das Vereinigte Königreich gewährleisten, dass die wichtige Rolle der Sozialdienste vor Wettbewerb geschützt wird.
- Verfahren einrichtet, die über eine verbesserte partizipatorische Demokratie und gute Governance zu einer demokratischeren EU beitragen. Die Regierung sollte ihre Präsidentschaft nutzen, um sicherzustellen, dass die sozialen NRO aus ganz Europa beim Entwurf, der Umsetzung und Bewertung der Lisabonner nationalen Reformprogramme mit einbezogen werden, sodass ein Schritt in

Richtung einer auf mehr Teilhabe beruhenden und offeneren Europäischen Union getan wird.

## Macht Armut auch in der EU zur Vergangenheit!

Als das Vereinigte Königreich am 1. Juli die EU-Präsidentschaft übernahm, sagte Peter Kelly, ein Mitglied der EAPN-Verbindungsgruppe Großbritannien, Folgendes: "Die Europäische Union bleibt in der Ferne und scheint vom Alltag und den Sorgen der meisten Menschen im Vereinigten Königreich abgeschnitten zu sein. Für viele von ihnen geht es bei der EU nur um unverständliche Vorschriften, Subventionen für die Landwirtschaft und Bürokratie. Tony Blair hat Recht, wenn er sagt, dass die Schlüsselrolle der Europäischen Union darin liegt, das Leben der Menschen zu verbessern und dass die führenden Politiker Europas die Verbindung zu den Menschen in Europa erneuern müssen, damit die Glaubwürdigkeit wieder hergestellt wird.

Die britische Präsidentschaft fällt mit einem für die Europäische Union entscheidenden Zeitpunkt zusammen, der eine echte Debatte über den Weg in die Zukunft verlangt. Indem das Vereinigte Königreich diese Debatte anführt, muss es anerkennen, dass Wirtschaftswachstum und höhere Beschäftigung die Armut nicht automatisch bekämpfen. Wenn das Vereinigte Königreich im Herzen Europas stehen und eine echte Führungsrolle übernehmen möchte, muss es Europa sowohl eine soziale, als auch eine wirtschaftliche Vision bieten. Vor allem aber muss die britische Regierung zeigen können, wie ihr Ansatz dazu beitragen wird, Armut zur Vergangenheit zu machen - und zwar nicht nur in den Ländern der Dritten Welt, sondern auch im Vereinigten Königreich und in ganz Europa."

**Ray Phillips**

Verantwortl. EAPN-Großbritannien

Im Verlauf des Jahres haben die UKL-G-Aktivitäten auf Ebene der vier Nationen u.a. gemeinsame Initiativen mit der britischen Koalition gegen Armut (UKCAP) zu Themen des NAP/Eingliederung umfasst, aber auch Initiativen mit dem Third Sector European Network (TSEN, europäisches Netzwerk des Dritten Sektors) zu Fragen, die sich aus dem nationalen Aktionsplan für Beschäftigung im Hinblick auf die Europäischen Strukturfonds ergeben.

Ray Phillips

Britischer Vertreter des EAPN-Exekutiv Ausschusses,  
rayp@lvstc.org.uk

## Großbritannien

Einwohner: 60 Millionen

Arbeitslosigkeit: 4,6%

Wachstum (2004): 3,2 %

Leistung der Landwirtschaft: 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

BIP pro Einwohner: 36 100 Euro

Anteil Einwohner unter der Armutsgrenze: 17%

## Der Staat hilft nur in Notlagen

LONDON, 23. Juni. Tony Blair ist verärgert. Zu Recht. Gerne wird sein Land als Hort des wuchernden Kapitalismus beschrieben, in dem Arme und Kranke benachteiligt werden. Im Vergleich zu seinen konservativen Vorgängern hat Blair aber die Sozialausgaben erhöht, allerdings liegt sein Land noch immer im Mittelfeld hinter Frankreich und Deutschland.

Fortsetzung S. 11

## Sich mit dem NAP/Eingliederung Gehör verschaffen

**D**en Stimmen und Erfahrungen der Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, bei der Entwicklung von Maßnahmen gegen Armut Gehör zu verschaffen, steht bei der Arbeit der EAPN-Netzwerke häufig im Mittelpunkt. Dies ist oft allerdings leichter gesagt als getan!

Die EAPN-Netzwerke in den vier Nationen des Vereinigten Königreichs haben eng mit anderen, im Kampf gegen Armut tätigen NRO zusammengearbeitet, damit der nationale Aktionsplan zur sozialen Eingliederung (NAP/Eingliederung) als ein Mittel genutzt wird, um sicherzustellen, dass die Stimmen der Menschen, die von Armut betroffen sind, nicht nur auf lokaler, sondern auch auf nationaler Ebene gehört werden. Das EAPN hat zusammen mit der britischen Koalition gegen Armut (UK Coalition against Poverty, UKCAP) eine Task Force Sozialpolitik eingerichtet, deren Aufgabe es sein wird, mit dem für den NAP/Eingliederung zuständigen Ministerium in Kontakt zu treten. Diese Task Force wird von zahlreichen NRO unterstützt, die im Kampf gegen Armut tätig sind, u.a. von Age Concern, Oxfam, ATD Fourth World und dem UK Disability Forum.

### Ein Toolkit für Teilhabe

Die Task Force konnte durch gemeinsame Arbeit eine Debatte über politische Schlüsselthemen, wie etwa angemessene Einkommen, Schulden und "arbeitende Arme" auslösen, doch bestand eines ihrer Hauptergebnisse im Get

Heard-Projekt ["Sich Gehör verschaffen"]. Das Projekt wird zum Teil von der Europäischen Kommission finanziert und soll sicherstellen, dass den Stimmen der Menschen, die von Armut betroffen sind, bei der Entwicklung des nächsten NAP/Eingliederung Gehör verschafft wird. Kommunale Organisationen werden angeregt, Workshops unter Anleitung eines Teilhabe-Toolkits zu leiten. Die Ergebnisse dieser Workshops wiederum werden in die Entwicklung des NAP/Eingliederung 2006 - 2008 eingebracht werden. Dieser Prozess wird dazu beitragen, dass Stimmen gehört werden, die in unserer Gesellschaft oft zum Schweigen verurteilt sind. Außerdem hoffen wir, dass eine Beteiligung helfen wird, Netzwerke gegen Armut zu stärken und der Politik zur Armutsbekämpfung im Vereinigten Königreich einen neuen Impuls zu verleihen.

Weitere Informationen zum Get Heard-Projekt finden Sie unter [www.ukcap.org/getheard](http://www.ukcap.org/getheard)

Peter Kelly  
Scottish Poverty Alliance für EAPN-Großbritannien

In Großbritannien hilft der Staat nur in Notlagen. Tony Blair hat von Maggie Thatcher die Maxime übernommen, lieber Arbeit als Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Sozialmaßnahmen wurden gekürzt, Arbeitslosengeld wird nur sechs Monate lang gezahlt und beträgt 80 Euro pro Woche. Wer krank wird, erhält 100 Euro, maximal 28 Wochen lang. Gleichzeitig zeigte Blair, wie man Jobanreize schafft. Etwa mit dem Working Tax Credit, einer negativen Einkommenssteuer für gering verdienende Familien, die als Lohnzuschuss gezahlt wird. Zudem führte er einen Mindestlohn ein. Der liegt bei 7,50 Euro. Für Jugendliche und Langzeitarbeitslose gibt es spezielle Programme. Nehmen sie daran nicht teil, werden die Sozialleistungen gekürzt. Ferner sind Britische Arbeitnehmer flexibler, was Wohnort- oder Berufswechsel angeht. So hat das Land sein Jobwunder mit einer Arbeitslosenquote von 4,6 Prozent erreicht. Doch trügt die Statistik. Die Opposition geht von einer Dunkelziffer von einer Million Arbeitslosen aus. Viele Jugendliche, die nach der Schule nirgendwo unterkommen, lassen sich gar nicht erst registrieren. Weil es nicht genügend Ausbildungsplätze gibt, schlagen sie sich mit Minijobs durch. Und Tausende ehemalige Bergarbeiter erhalten Behindertenhilfe, obwohl viele von ihnen arbeiten könnten.

Ein anderes Problem sind die Renten: Laut OECD ist die britische Staatsrente die viertniedrigste in Europa. Bei Erreichen des Rentenalters (Frauen 60 Jahre, Männer 65) erhalten die Briten nur 48 Prozent ihres Netto-Einkommens. In den Betriebsrentenkassen, beliebte Alternative zur Staatskasse, klafft ein Loch von 50 Milliarden Pfund. Wenn nicht mehr gespart wird, dann werden demnächst 12,1 Millionen Briten verarmen, warnte kürzlich die Rentenkommission. Auch nicht gerade ein Vorbild für Europa.

Aus: Berliner Tagesspiegel

## Links zu EAPN - Dokumenten

- Teil 1 -

### EAPN Profile and activities: Publications

*EAPN RESPONSE to the draft Joint Employment Report 2004-2005: Questions regarding the future of the European Employment Strategy [22/03/2005]*

*EAPN POSITION PAPER on Migration, Racism and Poverty [23/02/2005]*

*NETWORK NEWS No 110 - January/February 2005 [16/2/2005]*

*EAPN RESPONSE to the commission Communication to the Spring European Council [16/02/2005]*

*EAPN RESPONSE to thy new Structural Fonds draft regulations [16/12/2004]*

*NETWORK NEWS No 109 - November/December 2004 [15/12/2004]*

*FINAL DECLARATION of the 2004 EAPN General Assembly: The EU we want - Strengthening the EU Social Model [20/11/2004]*

*EAPN PAPER on the new Social Policy Agenda 2006-2010 [8/11/2004]*

*EAPN RESPONSE to the report from the High Level Group chaired by Wim Kok [03/11/2004]*

*EAPN POSITION PAPER on the Proposal for a Community Programme for Employment and Social Solidarity -PROGRESS 15/10/2004]*

*EAPN POSITION PAPER - The Social Inclusion Strategy in an enlarged Union: What kind of Europe do we want? [15/10/2004]*

*EAPN POSITION PAPERS - Building Confidence in the EU Inclusion Strategy [15/10/2004]*

*EAPN POSITION PAPER - Conclusions from the EAPN seminar on the European Employment Strategy [15/10/2004]*

*EAPN REPORT - The European Employment Strategy: a tool or a threat for social inclusion? [15/10/2004]*

*EAPN POSITION PAPER - National Networks' stock-take on the implementation of the NAP Inclusion 2003-2005 (in the 15 'old' Member States of the EU) [13/10/2004]*

*EAPN POSITION PAPER - Streamlining: Strengthening a Social Europe while maintaining a visible Inclusion Strategy [13/10/2004]*

*EAPN POSITION PAPER - Reinforcing the EU Social Inclusion Strategy [13/10/2004]*

**Nachrichten aus dem Netz** möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)  
Chefredakteur: Fintan Farrell

#### Verantwortl. Veröffentlichung:

Vincent Forest  
EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) - B-1000 Brüssel

Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail: [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be) - Website: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

### Diese Veröffentlichung kommt mit Unterstützung

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend zustande.